

## MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

### 76. Ministerrat

#### 8. November 2023

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 17. Oktober 2023, mit dem ein Beschluss vom 5. Oktober 2023 betreffend „Erhöhung des Pflegegeldes rückwirkend ab 1. Jänner 2023“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 18. Oktober 2023, mit dem ein Beschluss vom 5. Oktober 2023 betreffend „Finanzielle Aufstockung des Waldfonds“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 20. Oktober 2023, mit dem ein Beschluss vom 21. September 2023 betreffend „Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 18. Oktober 2023, mit dem ein Beschluss vom 21. September 2023 betreffend „Heimisches Holz darf nicht mit Braunkohle gleichgesetzt werden!“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Ersten Präsidenten des Wiener Landtages vom 19. Oktober 2023, mit dem ein Beschluss vom 19. Oktober 2023 betreffend „Meldung von Nebeneinkünften nicht amtsführender StadträtInnen“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Österreichischen Städtebundes, Landesgruppe Steiermark, vom 23. Oktober 2023, mit dem eine Resolution des Steirischen Städtetages vom 13. Oktober 2023 vorgelegt wird.
7. Schreiben des Bürgermeisters von Leonding vom 12. Oktober 2023, mit dem eine Resolution vom 28. September 2023 betreffend „Beschränkung von PFAS“ vorgelegt wird.
8. E 336-NR/XXVII.GP vom 18. Oktober 2023 betreffend „Informationskampagne betreffend Gewalt an Frauen“ (Wortlaut siehe Beilage).
9. E 337-NR/XXVII.GP vom 18. Oktober 2023 betreffend „Erneute Vergabe eines Käthe Leichter-Staatspreises“ (Wortlaut siehe Beilage).
10. E 341-NR/XXVII.GP vom 19. Oktober 2023 betreffend „Bekämpfung der Aktivitäten der Wagner-Gruppe“ (Wortlaut siehe Beilage).
11. E 342-NR/XXVII.GP vom 19. Oktober 2023 betreffend „Wahrung der Menschenrechte, insbesondere von Frauen und Mädchen, in Afghanistan“ (Wortlaut siehe Beilage).
12. E 343-NR/XXVII.GP vom 19. Oktober 2023 betreffend „Verurteilung der militärischen Handlungen durch Auserbaidshan sowie Schutz von Minderheitenrechten und Kulturgütern in Bergkarabach“ (Wortlaut siehe Beilage).

13. E 344-NR/XXVII.GP vom 19. Oktober 2023 betreffend „Dringliche Erarbeitung einer Studie zur Wasserversorgung der Landwirtschaft und rasche Forschung zu Wasserentnahmen wegen des steigenden Ausnutzungsgrades der Grundwasserressourcen bis zum Jahr 2050“ (Wortlaut siehe Beilage).
14. E 345-NR/XXVII.GP vom 19. Oktober 2023 betreffend „Weiterentwicklung der Erfolgsmessung im Tourismus durch langfristige und zielgerichtete Erhebungen zur Tourismusakzeptanz in der Bevölkerung“ (Wortlaut siehe Beilage).
15. E 346-NR/XXVII.GP vom 19. Oktober 2023 betreffend „Maßnahmen zur Steigerung der internationalen Sichtbarkeit des kulinarischen Angebots in Österreich“ (Wortlaut siehe Beilage).
16. E 347-NR/XXVII.GP vom 19. Oktober 2023 betreffend „Einführung des Guide Michelin in Österreich“ (Wortlaut siehe Beilage).

## **Entschließung**

### **des Nationalrates vom 18. Oktober 2023**

#### **betreffend Informationskampagne betreffend Gewalt an Frauen**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Zuge einer breiten und niederschweligen Informationskampagne gezielt Frauen und Mädchen über die bestehenden Angebote zu informieren und aufzuklären. Insbesondere sollen die Informationen auch in einfacher Sprache ausgearbeitet werden, um möglichst viele betroffene Frauen und Mädchen zu erreichen.

# **EntschlieÙung**

## **des Nationalrates vom 18. Oktober 2023**

### **betreffend Erneute Vergabe eines Käthe Leichter-Staatspreises**

Die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien im Bundeskanzleramt wird aufgefordert, den Käthe Leichter-Staatspreis mit sofortiger Wirkung wieder zu vergeben und die Namensgeberin weiterhin besonders zu würdigen. Die Geschichte und das Leben dieser großen Pionierin der Frauenforschung, die von den Nationalsozialisten gequält, gedemütigt und ermordet wurde, darf nicht vergessen werden.

# Entschließung

## des Nationalrates vom 19. Oktober 2023

### betreffend Bekämpfung der Aktivitäten der Wagner-Gruppe

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht,

- im Einklang mit europäischen Partnern sämtliche weiteren Maßnahmen und Initiativen zu unterstützen, die darauf abzielen, die Aktivitäten der Wagner-Gruppe sowie deren Anführer, Mitglieder und Unterstützer, deren Organisationen und Nachfolgeorganisationen zu ächten, deren politischen und finanziellen Handlungsspielraum zu begrenzen und deren Präsenz weltweit zu unterbinden, um Menschenrechtsverletzungen, Straflosigkeit und destabilisierende Wirkungen der Gruppe effektiv entgegenzuwirken;
- internationale Initiativen zu unterstützen, die auf eine Berücksichtigung des Dokuments von Montreux über einschlägige völkerrechtliche Verpflichtungen und bewährte Praktiken für Staaten im Zusammenhang mit Operationen von privaten Militär- und Sicherheitsunternehmen während bewaffneter Konflikte hinwirken sowie
- Initiativen von inhaltlich zuständigen Gremien, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen, sowie die Tätigkeit zuständiger Gerichte, vor allem des Internationalen Strafgerichtshofs, zu unterstützen, um schwere Verbrechen durch private Militär- und Sicherheitsfirmen weltweit strafrechtlich zu verfolgen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

## **Entschließung**

### **des Nationalrates vom 19. Oktober 2023**

**betreffend Wahrung der Menschenrechte, insbesondere von Frauen und Mädchen, in Afghanistan**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht, sich weiterhin auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Rechtsstaatlichkeit, die Menschen-, Grund- und Freiheitsrechte sowie die Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben, insbesondere von Frauen und Mädchen, in Afghanistan vollumfänglich geachtet und gesichert wird.

In diesem Zusammenhang wird der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten ersucht, sich für eine aktivere Rolle der EU einzusetzen.

Zudem wird der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten zur Unterstützung der Menschen in Afghanistan und insbesondere der Frauen und Mädchen ersucht, entsprechende Erklärungen, Resolutionen sowie restriktive Maßnahmen in den zuständigen europäischen und internationalen Organisationen und Gremien weiterhin zu unterstützen.

Der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten wird ersucht, sich für die Freilassung von Menschen, die aufgrund ihres Einsatzes für Menschen- und Frauenrechte politische Gefangene wurden, in internationalen Gremien einzusetzen.

## **Entschließung**

### **des Nationalrates vom 19. Oktober 2023**

#### **betreffend Verurteilung der militärischen Handlungen durch Aserbaidschan sowie Schutz von Minderheitenrechten und Kulturgütern in Bergkarabach**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten wird ersucht, gemeinsam mit den europäischen und internationalen Partnern, auf internationaler Ebene, auf EU-Ebene, im Rahmen der OSZE und bilateral weiterhin

1. die militärischen Handlungen von Aserbaidschan, die eine Massenflucht von über 100.000 ethnischen Armenierinnen und Armeniern aus Bergkarabach verursacht haben, weiterhin in allen Gremien und in bilateralen Gesprächen zu verurteilen;
2. für Deeskalation, vertrauensbildende Maßnahmen und die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Aserbaidschan und Armenien zu Sicherung der Stabilität in der gesamten Region einzutreten. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass der verbliebenen Bevölkerung in Bergkarabach der uneingeschränkte Zugang, inklusive über den Latschin-Korridor, zu lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen und die Bewegungsfreiheit im Einklang mit den rechtsverbindlichen Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs und der trilateralen Erklärung vom 9. November 2020 nachhaltig ermöglicht wird;
3. sich für die strikte Einhaltung des humanitären Völkerrechts und den Schutz der Zivilbevölkerung und ziviler Infrastruktur sowie der Menschenrechte, einschließlich der Achtung von Minderheitenrechten der verbliebenen ethnischen Armenierinnen und Armenier in Bergkarabach und jener, die nach Bergkarabach zurückkehren möchten, einzusetzen;
4. sich für einen dauerhaften freien und ungehinderten Zugang internationaler humanitärer Organisationen nach Bergkarabach einzusetzen, um der Zivilbevölkerung dringend benötigte humanitäre Hilfe zukommen zu lassen;
5. für den umfassenden Schutz von Kulturgütern und Kirchen in Bergkarabach einzutreten;
6. angesichts der über 100.000 armenischen Flüchtlinge aus Bergkarabach, Armenien als Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit auch weiterhin die nötigen Mittel für eine weitere Stabilisierung der Situation zukommen zu lassen.

# Entschließung

## des Nationalrates vom 19. Oktober 2023

**betreffend dringliche Erarbeitung einer Studie zur Wasserversorgung der Landwirtschaft und rasche Forschung zu Wasserentnahmen wegen des steigenden Ausnutzungsgrades der Grundwasserressourcen bis zum Jahr 2050**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, wird aufgefordert

- eine Studie in Auftrag zu geben, die die Wasserverfügbarkeit von Oberflächengewässern, insbesondere von Flüssen, prüft und klärt, wieviel Oberflächenwasser im Zuge der Klimakrise für Landwirtschaft, Industrie und Wasserkraft zukünftig unter Berücksichtigung der bestehenden wasserwirtschaftlichen Verhältnisse und Trends der Niederwasserabflüsse zur Verfügung stehen könnte ohne negative ökologische Folgen für die Flüsse und ohne die Wasserverfügbarkeit für die Trinkwasserversorgung zu gefährden, sowie
- über die Ressortforschung, die für die Regionen in Österreich idealen Kulturen und Bewirtschaftungsformen im Zuge eines sich abzeichnenden Wassermangels für die Landwirtschaft aufzuzeigen.

## **Entschließung**

### **des Nationalrates vom 19. Oktober 2023**

**betreffend die Weiterentwicklung der Erfolgsmessung im Tourismus durch langfristige und zielgerichtete Erhebungen zur Tourismusakzeptanz in der Bevölkerung**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, wird ersucht, das Indikatorensystem zur Erfolgsmessung im Tourismus weiterzuentwickeln. Hierzu sollen die langfristige und regelmäßige Erhebung aussagekräftiger Daten zur Tourismusakzeptanz der Bevölkerung in der Tourismus-Nachfragestatistik-Verordnung verankert und Voraussetzungen für eine noch intensivere Befassung mit diesem wichtigen Thema geschaffen werden.

## **EntschlieÙung**

### **des Nationalrates vom 19. Oktober 2023**

#### **betreffend Maßnahmen zur Steigerung der internationalen Sichtbarkeit des kulinarischen Angebots in Österreich**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, wird ersucht, Gespräche mit allen relevanten Stakeholdern (Österreich Werbung, Tourismusverbände, Wirtschaftskammer, Landwirtschaft, etc.) mit dem Ziel aufzunehmen, die internationale Sichtbarkeit des kulinarischen Angebots in Österreich zu steigern. Besonderes Augenmerk soll dabei auch auf der Vermarktung der heimischen Spitzengastronomie liegen (z.B. durch verstärkte Kooperation mit internationalen Restaurantführern).

# **Entschließung**

## **des Nationalrates vom 19. Oktober 2023**

### **betreffend Einführung des Guide Michelin in Österreich**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, wird ersucht, einen zeitnahen Abschluss der Verhandlungen anzustreben, um einen internationalen Restaurantführer, wie z.B. den Guide Michelin, im Jahr 2025 wieder in ganz Österreich einzuführen.